

BMEIA-UN.8.19.07/0008-I.7/2017

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

41/11

**Übereinkommen über die Rechte
von Menschen mit Behinderungen;
10. Treffen der Vertragsstaaten,
13. bis 15. Juni 2017;
österreichische Delegation**

VORTRAG AN DEN MINISTERRAT

Voraussichtlich von 13. bis 15. Juni 2017 findet am Amtssitz der Vereinten Nationen in New York das 10. Treffen der Vertragsstaaten des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD) statt. Art. 40 des Übereinkommens sieht regelmäßige Vertragsstaatentreffen zur Überprüfung des Übereinkommens vor.

Österreich hat das Übereinkommen 2008 ratifiziert (BGBl. III Nr. 155/2008).

Das diesjährige Treffen der Vertragsstaaten widmet sich dem Thema "The Second Decade of the CRPD: Inclusion and full participation of persons with disabilities and their representative organizations in the implementation of the Convention" mit Schwerpunktsetzung auf multiple Formen von Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen und die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in humanitären Aktionen.

Es ist beabsichtigt, zu diesem Treffen folgende österreichische Delegation zu entsenden:

Botschafter Mag. Jan Kickert Delegationsleiter	Ständiger Vertreter Österreichs bei den Vereinten Nationen New York
Mag. Andreas Reinalter Stv. Delegationsleiter	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
Gesandter Mag. Philipp Charwath	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen New York
Erste Botschaftssekretärin Mag. Katharina Konzett-Stoffl	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen New York
Erster Botschaftssekretär MMag. Mourad Mahdi	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen New York

Der Delegation werden, wenn nötig, weitere erforderliche Berater/innen aus den zuständigen Fachressorts beigezogen.

Die mit der Entsendung dieser Delegation verbundenen Kosten finden ihre Bedeckung in den Budgets der jeweils entsendenden Ressorts. Es werden keine Beschlüsse mit unmittelbaren finanziellen Auswirkungen gefasst.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zur Teilnahme an den Beratungen und Beschlussfassungen des 10. Treffens der Vertragsstaaten des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu bevollmächtigen.

Wien, am 26. April 2017
KURZ m.p.